



Aktueller Begriff Europa

Die Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2025

Zum zweiten Mal seit seinem Beitritt zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 übernahm Polen am 1. Januar 2025 die Präsidentschaft des Rates der EU. Damit beginnt zugleich eine neue 18-monatige Trio-Präsidentschaft gemeinsam mit Dänemark und Zypern im Rahmen des [Achtzehnmónatsprogramms des Rates](#). Dieses widmet sich drei Schwerpunkten: einem starken und sicheren, einem wohlhabenden und wettbewerbsfähigen sowie einem freien und demokratischen Europa.

Polen bekräftigt, seine Präsidentschaft im Rat der EU konstruktiv ausüben zu wollen, und stellt sie unter das auffordernd formulierte **Motto „Sicherheit, Europa!“**. In seinem [Präsidentschaftsprogramm](#) skizziert der Vorsitz die aktuellen globalen Rahmenbedingungen für die EU: die Folgen des andauernden Krieges Russlands gegen die Ukraine, die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit stärker in die eigene Hände zu nehmen, zunehmende geopolitische Spannungen, eine Erosion der regelbasierten internationalen Ordnung und hybride Angriffe auf die Demokratie und die Sicherheit in Europa. Hinzu kämen die Auswirkungen der Migration, der Energiewende, der sinkenden EU-Wettbewerbsfähigkeit und des Klimawandels. Vor diesem Hintergrund richtet Polen insgesamt **sieben Prioritäten** seines Arbeitsprogramms auf die **Stärkung der Sicherheit Europas** in all ihren Dimensionen: äußere und innere Sicherheit, Informationssicherheit, sichere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Energiesicherheit sowie Nahrungsmittel- und Gesundheitssicherheit.

Nach der Konstituierung des 2024 gewählten Europäischen Parlaments (EP) sowie der Bestätigung der Europäischen Kommission (Kommission) unter Präsidentin von der Leyen findet der polnische Ratsvorsitz die **EU-Institutionen** in neuer Zusammensetzung und **im legislativen Arbeitsmodus** vor. Er hat – anders als sein ungarischer Vorgänger – eine weitaus umfangreichere Agenda und die Gelegenheit, insbesondere über die Tagesordnungen der Ratsgremien signifikante legislative Akzente zu setzen.

Das Augenmerk seiner ersten Priorität richtet der polnische Ratsvorsitz auf **Verteidigung und Sicherheit**. Unter Verweis auf die Zerstörung der Sicherheitsarchitektur in Europa durch Russland, das mit dem Aufbau offensiver militärischer Kapazitäten das strategische Ziel einer Revision der internationalen Ordnung und der Wiederherstellung alter Einflusssphären verfolge, fordert er eine konzertierte und ambitionierte **Stärkung der europäischen Verteidigung**. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Verteidigungsbereitschaft Europas zu stärken durch **höhere Verteidigungsausgaben**, eine **stärkere Verteidigungsindustrie** und durch das Schließen von Lücken in der **Verteidigungsfähigkeit**. Er werde diese Anstrengungen unterstützen und auf eine vertiefte Debatte über die Verteidigungsfinanzierung in der EU hinwirken. Hierzu wird zu Jahresbeginn das von der Kommission angekündigte [Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung](#) erwartet.

Auf die innere Sicherheit fokussiert der Ratsvorsitz den zweiten Schwerpunkt seines Arbeitsprogramms. Die EU sei zur Gewährleistung eines **Optimums an innerer Sicherheit** für ihre Bürgerinnen und Bürger der EU verpflichtet. Sie müsse insbesondere die Herausforderungen bewältigen, die die Migration und die Bedrohung der Sicherheit an den EU-Außengrenzen darstellten. Diesen wolle er mit neuen und innovativen Lösungsansätzen begegnen, um die **irreguläre Migration einzudämmen**

und der **Rückführungspolitik zu mehr Wirksamkeit** zu verhelfen. Er strebe eine angemessene Antwort der EU auf hybride Bedrohungen an, insbesondere auf die Instrumentalisierung der Migration, die er als Bedrohung der Sicherheit und territorialen Integrität der EU insgesamt betrachte.

Angesichts der Versuche, durch gezielte Desinformation den sozialen und politischen Zusammenhalt des Westens zu zerstören sowie Demokratie, Stabilität und Sicherheit der EU zu untergraben, fordert der polnische Ratsvorsitz in seiner dritten Priorität, eine Stärkung der **Widerstandsfähigkeit der Demokratien** in Europa. Hierzu plant er eine **verstärkte Koordinierung des Kampfes gegen Desinformation und Informationsmanipulation** sowie den Ausbau der Fähigkeiten der EU, feindselige Handlungen im Cyberraum zu verhindern und ihre Folgen abzumildern. Er wolle gezielt nach Kooperationsfeldern und Möglichkeiten für gemeinsame Initiativen auf EU-Ebene suchen. Besonderes Augenmerk richte er auf die **Entwicklung moderner und sicherer digitaler Dienste**.

In seinem vierten Schwerpunkt konstatiert der Ratsvorsitz große **Herausforderungen für die Wirtschaft** in der EU, darunter ein hoher Innovationsdruck infolge der rasanten technologischen Entwicklung und zunehmende geopolitische Spannungen mit hohen Risiken für die interdependente globalisierte Wirtschaft. Gepaart mit dem dichten Netz unionsrechtlicher Bestimmungen und ungelösten Problemen führten sie zu einem **anhaltenden Verlust der Wettbewerbsfähigkeit** der EU-Wirtschaft. Diesem sei entgegenzuwirken durch die Vertiefung des Binnenmarkts, die Beseitigung von Hindernissen für grenzüberschreitende Aktivitäten und die Erleichterung des Zugangs investitionswilliger Unternehmen zu privatem Kapital. Der Vorsitz wolle sich für Bürokratieabbau und hierbei für eine Flexibilisierung des Ansatzes der Energie- und Klimapolitik einsetzen: hin zu einem anreizbasierten System. Für die **Wiederherstellung eines fairen globalen Wettbewerbs** für die EU-Industrie seien u. a. handelspolitische Instrumente besser einzusetzen und die Stärken des öffentlichen Auftragswesens der EU auszuspielen. Zudem will der Vorsitz eine **Debatte über die künftige Gestaltung der Kohäsionspolitik** anstoßen.

In seinem fünften Schwerpunkt betont der Ratsvorsitz die herausragende Bedeutung der **Energieversorgungssicherheit** und kündigt Ratschlussfolgerungen zur Überarbeitung des hierfür bestehenden EU-Rechtsrahmens an. Seine Definition von Energiesicherheit umfasst auch den Zugang zu günstiger Energie in der EU. Es gelte, die **physische und die Cybersicherheit der Energieinfrastruktur** der EU und ihrer Nachbarn zu stärken und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Entwicklung und den Einsatz sauberer Energiequellen sowie den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu gewährleisten.

Der sechste Schwerpunkt widmet sich einer **wettbewerbsfähigen und widerstandsfähigen europäischen Landwirtschaft**, die in der Lage ist, die **Ernährungssicherheit in der Union** zu gewährleisten. Der polnische Ratsvorsitz fordert, dass alle Maßnahmen der Union insbesondere gefährdete Agrarsektoren erfassen und zugleich sicherstellen müssten, dass Erzeuger aus Drittstaaten in gleicher Weise den EU-Standards für Lebensmittelqualität, -sicherheit und -nachhaltigkeit unterworfen werden wie die Produzenten in der EU. Er wolle sich für eine starke Gemeinsame Agrarpolitik einsetzen und strebt auf der Grundlage der Ergebnisse des [Strategischen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaft](#) und der von der Kommission angekündigten [Vision für die Landwirtschaft und Ernährung](#) eine Debatte über die Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2027 an.

In ihrer siebten Priorität geht die Ratspräsidentschaft u. a. auf die **Gewährleistung der Arzneimittelsicherheit** in der EU und auf den **digitalen Wandel im Gesundheitswesen** ein. Der Diversifizierung der Lieferketten für Arzneimittel und der Förderung der Arzneimittelherstellung innerhalb der EU komme eine Schlüsselrolle zu. Das Wohlergehen der EU-Bürgerinnen und -Bürger sei ein weiterer Aspekt der Gesundheitssicherheit; hier wolle sich der Vorsitz auf die Verbesserung der psychischen Gesundheit von Minderjährigen im digitalen Zeitalter sowie die Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention fokussieren.

Zum 1. Juli 2025 wird Dänemark den [nächsten Vorsitz im Rat der EU](#) übernehmen.